

Wolfgang Hingst

Klein ist fein.

Warum ökologische Politik sich der EU-Globalisierung widersetzen muss

Vortrag bei der Mitgliederversammlung von Chance21 in Luzern am 27.5.2003

1. Globalisierung: Katastrophe für Mensch und Umwelt

Wer Globalisierung sagt, meint im heutigen Sprachgebrauch vor allem „weltweite Verflechtung, in erster Linie die wirtschaftliche“¹.

Um sich vorstellen zu können, was das bedeutet, muss man sich die Daten der Wirtschaftsverflechtung genauer ansehen. Mitte der 90er Jahre kontrollierten 27 der größten Multinationalen Gesellschaften 15,6 % des Brutto-Weltsozialprodukts.²

Und heute? Schwer zu erraten, dass sich die Situation noch wesentlich verschlimmert hat. Nach Daten aus dem Jahr 2000 existierten 40.000 transnationale Konzerne auf der Welt, die insgesamt 75% des Welthandels abwickelten und zirka 25% zum Weltsozialprodukt beitrugen.³ Demnach gab es gegenüber 1995 eine Steigerung von 5% innerhalb von 5 Jahren. **Ich nehme an, dass die Transnationalen Konzerne derzeit bei einem Anteil von annähernd 30% des Weltsozialprodukts liegen.**

Im Jahr 2000 betrug das Welt-Bruttosozialprodukt 28.810 Milliarden US\$. Bei einem Anteil von 30% macht also der Anteil der Transnationalen Konzerne 8.643 Milliarden US-Dollar aus. Eine astronomische Summe, deren Macht- und Gewaltpotential sich niemand wirklich vorstellen kann. Unglaublicher Reichtum in der Hand sozial unkontrollierter Menschen, bei gleichzeitig weltweit zunehmender Verarmung und Verelendung. **Profitmaximierung, Mehrwert-Akkumulation, Markteroberung. Nur darum geht es den großen Finanzhaien.**

¹ Ernst Ulrich von Weizsäcker: Was ist Globalisierung und wie erklärt sie sich? www.globalisierung.de

² Wolfgang Hingst: Ihre Zukunft als EU-Bürger: Abgezockt, verkauft und angeschnitten. Weißkirchen, 1999, Seite 117

³ Dominik Brodowski: Globalisierung aus betriebs- und volkswirtschaftlicher Sicht. 2000. www.brodo.de

Es entwickelt sich eine Eigendynamik, die unberechenbar und unlenkbar ist. Wir alle sind endgültig Sklaven der Macht des Kapitals geworden.

Man muss sich dabei auch folgendes vor Augen halten: Diese Konzerne – wieder bezogen auf das Jahr 2000 - beschäftigen rund 80 Millionen Arbeitskräfte. Mit ihnen sind weitere 250.000 Unternehmen verbunden bzw. von ihnen abhängig, für die 200 Millionen Menschen arbeiten.

Klar, dass damit eine gewaltige Verschiebung der Machtverhältnisse von der Politik zur Wirtschaft verbunden ist. Für das entstandene Machtvakuum zwischen Wirtschaft und Politik existieren noch keine adäquaten politischen Instanzen zur Kontrolle der multinationalen Aktivitäten der Unternehmen. Die Transnationalen Konzerne haben die Nationalstaaten entmachtet und unterdrückt. Der entfesselte Kasino-Kapitalismus entbehrt jeglicher Legitimation, da er die Erwerbsarbeit abschafft und das soziale Netz der Industriestaaten unterminiert, indem er keine Steuern mehr bezahlt und die Gewinne einstreift. Dadurch entzieht er gleichzeitig der Demokratie ihre Grundlage.

Die Flutwelle der Globalisierung wird getragen von der Ideologie der Liberalisierung und der Privatisierung. Das entscheidende Instrumente dazu ist die Welthandelsorganisation WTO.

Ich möchte dazu **Jean Ziegler** zitieren, der treffend formuliert hat:

„Die WTO ist ein Instrument der absoluten Zirkulationsfreiheit von Kapital und Patenten ohne Sozial- und Ökoklausel. Die Entwicklungsländer haben dort überhaupt nichts zu sagen.“⁴

Der Anteil der EU an dieser Entwicklung ist beträchtlich. Zwar sind Privatisierung und Liberalisierung vor allem ein dringendes Bedürfnis der USA gewesen, entsprungen aus der puritanischen Anschauung, dass die Reichen Gottes auserwählte Lieblinge sind – und die Superreichen Gott selbst. Aber nachdem in Europa sogar die Sozialdemokraten und Gewerkschaften für die Interessen des Raubtierkapitalismus über den Tisch gezogen wurden, machte Brüssel auch in der EU kurzen Prozess. Es kam zu einer Gleichschaltung Europas mit all dem sozialen Sprengstoff, dessen Explosionskraft wir heute beinah täglich vorgeführt bekommen.

Wenn heute Hunderttausende in Deutschland, Frankreich und Österreich, in ganz Europa, gegen die brutale Kürzung ihrer Einkommen und Pensionen auf die Straße gehen, wenn massive Streiks drohen, dann ist das eine Folge der von Brüssel diktierten Entsolidarisierung. Für das sture Diktat der Maastrichtkriterien⁵ wird der soziale Friede in Europa geopfert.

⁴ W. Hingst, a.a.O., Seite 123

⁵ Wolfgang Hingst, Abgezockt, Seite 81 ff.

Der Ausdruck Globalisierung ist, wie ich in meinem gerade in Zürich erschienenen Buch „Paradies oder Weltuntergang – wir haben die Wahl“ ausführlich dargelegt habe, grundsätzlich falsch, weil es um eine Triadisierung der Welt geht: um eine Dreiteilung in die Sphären USA, EU und Japan.

Der Begriff Triadisierung stammt von der Gruppe von Lissabon, deren Präsident **Riccardo Petrella** ist, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Louvain in Belgien. Der internationale Warenaustausch findet vor allem zwischen den Zentren der Triade statt. Wenn man die Tendenzen der letzten Jahre hochrechnet, würde der Anteil Afrikas, des Nahen Ostens, Lateinamerikas, Russlands und Osteuropas bis 2020 auf 5% sinken.

Entgegen der landläufigen Auffassung und abgesehen von aktuellen Entwicklungen im Gefolge des Irakkrieges sind EU-Europa und Japan in der Triade weniger Konkurrenten als Assistenten der USA. Sie werden auch für die Finanzierung der Kriege der Vereinigten Staaten zur Kasse gebeten. Die Zusammenarbeit zwischen USA und EU wird übrigens in verschiedenen Gremien koordiniert, die sich der Öffentlichkeit weitgehend entziehen und vor allem die Interessen des Kapitals unter amerikanischer Führung vertreten.

Ich habe erst kürzlich in einem Artikel für die „Zeit-Fragen“⁶ ausführlich dargestellt, dass die EU eine Kreation der USA ist. Grundidee der amerikanischen Regierungen war und ist die Schwächung der europäischen Staaten durch Souveränitätsverlust, der Aufbau eines Vorfeldes gegen den Osten und die Etablierung eines profitablen Absatzmarktes mit der Chance für Direktinvestitionen.

Die eingesetzten Mittel lassen sich unter Erpressung, Manipulation, massiven Lobbyismus und Geheimdiplomatie einordnen: Die US-Finanzhilfe nach dem sogenannten Marshall-Plan wurde an die Europäische Integration geknüpft. Durch Montanunion, Euratom, EWG und Nato-Beitritt wurde die europäische Integration Schritt für Schritt in Gang gesetzt.

EU plus Nato sind bis heute der verlängerte Arm der USA. Diese Politik reicht bis zu den Kriegen im Irak, am Balkan und in Afghanistan. Der Nato-Beitritt der osteuropäischen Länder war die Eintrittskarte für ihren EU-Beitritt. Deshalb ist der Druck für die Osterweiterung der EU enorm.

Die Vereinigten Staaten schaffen sich damit noch bessere Verbündete als in Westeuropa, etwa bei den Polen, die heute ein Drittel des Iraks, wenn auch die hinterste Ecke, verwalten dürfen. Eine groteske Situation, die natürlich einen veritablen Spaltpilz für die EU darstellt. Dafür kassiert Polen, der „Trojanische Esel

⁶ Wolfgang Hingst: Die fatale Dreieinigkei: USA – Nato – EU. In: Zeit-Fragen, 5. Mai 2003, Seit 1-2

der USA⁷, nach dem EU-Beitritt gleich doppelt: Von der EU Subventionen und von den USA 7,5 Milliarden Dollar als Gegengeschäft für den Kauf von 48 Kampffjets beim amerikanischen Lockheed Martin-Konzern. Um die 3,5 Milliarden Dollar für den Kauf der Jets finanzieren zu können, braucht Polen dringend EU-Hilfe. Das heißt, die Steuerzahler der EU dürfen die größtenwahnsinnige Aufrüstung Polens im Interesse der Nato finanzieren.

Natürlich will man auch die Schweiz ins EU-Boot zerren. Die Vorspiele haben Sie ja in verschiedenen Abstimmungen über sich ergehen lassen dürfen – vom EWR bis hin zur Armee²¹. Der Druck hat gewaltig zugenommen. Alle großen Errungenschaften des Landes stehen auf dem Spiel, vor allem Neutralität - in Österreich ist sie nur noch eine Kulisse – und direkte Demokratie. Souveränität ohnehin.

Die Kriege im Irak und am Balkan dienten nur der Vorführung der Nato als „Weltpolizei“ und der hinter ihr stehenden USA als Repräsentant der amerikanischen Weltordnung. Alles dient einem einzigen Signal an die Welt: Nur die USA sind souverän. Daher boykottieren sie den Internationalen Strafgerichtshof, führen – weil ohne Uno-Mandat - einen völkerrechtswidrigen Angriffs-Krieg im Irak, scheren sich nicht um internationale Vereinbarungen wie das Kyoto-Protokoll zur Verminderung der Treibhausgase.

Der renommierte deutsche Völkerrechtler **Christian Tomuschat** spricht vom „Ende der bestehenden Weltordnung“ und sagt:

„Dann gilt nur noch das Recht des Stärkeren. In einer solchen Welt kann eigentlich niemand leben wollen.“⁸

Die jüngsten Vorgänge haben ihre Vorläufer. Schon 1992 sagte der Leiter des Uno-Umweltprogramms **Mostapha Tolba** offenbar ganz im Kielwasser der USA: **"Die Idee der Souveränität stammt aus dem 17. Jahrhundert. Sie entstand unter ganz spezifischen Bedingungen, die den Dreißigjährigen Krieg in Europa beendeten... Die Idee der Souveränität ist aus dem Frieden von Westfalen hervorgegangen... Aber was hat das mit schmelzenden Polkappen, steigenden Temperaturen, Ozonlöchern und einer Flut von Flüchtlingen vor Umweltkatastrophen zu tun? Gar nichts natürlich. Die Prämissen von Westfalen sind für die moderne Welt nicht nur irrelevant, sondern gefährlich.“⁹**

Als könne man die Weltprobleme damit lösen, allen Staaten – ausgenommen die USA - die Souveränität zu entziehen!

⁷ Jan Puhl: Polen. Triumph der Treue. In: Der Spiegel 20, 2003, Seite 120

⁸ Der Spiegel 4/2002, Seite 24-25

⁹ Wolfgang Hingst: 10 Thesen gegen Großeuropa. Ein Essay wider den Größenwahn. Wien, 1992, Seite 160

Die Rechnung der USA ist jedenfalls fast voll aufgegangen: Heute werden in der EU 80% der Gesetze in Brüssel beschlossen, wobei dem EU-Parlament nur eine beratende Funktion für Kommission und Ministerrat zukommt. Die Abgeordneten haben nicht das Recht, eine Gesetzesinitiative zu starten, denn das Initiativrecht liegt ausschließlich bei der Kommission. Die rechtlich unverbindlichen Änderungswünsche des Europaparlaments werden zwar ab und zu berücksichtigt, aber das ist Gnadenpolitik, ein Feigenblatt für huldvolles absolutistisches Gehabe.

Innerhalb der EU gibt es dafür keine Lösung. Sie ist nicht reformierbar.

Denn wollte man nun dem EU-Parlament, wie dies manche fordern, das Initiativrecht und die Legislative übertragen, dann käme es zu einer weiteren gravierenden Entmündigung der einzelnen Mitgliedsstaaten und einem *totalen* Souveränitätsverlust. Man könnte dann die Parlamente schließen, die Abgeordneten nach Haus schicken. Und den Föderalismus gleich dazu.

England und Frankreich haben sich ihren Souveränitätsverzicht teuer abkaufen lassen. England verweigerte die Teilnahme an der Währungsunion und presste Brüssel den sogenannten „Brittenrabatt“ ab, durch den das große Land nicht einmal ein Drittel von Deutschland in den Brüsseler Budgettopf zahlt. Auch Frankreich muss bloß weniger als die Hälfte von Deutschland an die EU abliefern.

Gleichzeitig wird die Souveränität aller Staaten durch die Multinationalen Konzerne untergraben und schließlich beseitigt. Die Gruppe von Lissabon geht davon aus, dass die „Triadisierung“ in den nächsten Jahrzehnten fortgesetzt wird. Parallel dazu wird die Weltbevölkerung sich bis 2015 der Sieben-Milliarden-Grenze nähern.

Die Prognosen der Zukunftsforscher sind entsprechend düster. Wenn wir das Ruder nicht herumreißen, geben sie der Menschheit für das 21. Jahrhundert nur 10% Überlebenschancen! Der deutsche Physiker **Rolf Kreibich**, Direktor des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung - abgekürzt IZT -, viele Jahre lang Präsident der Freien Universität in Berlin, hat in seinem Aufsatz „Von der Utopie zur realen Vision“, datiert mit 1. Juni 2000, folgendes geschrieben:

„Die auf der Schattenseite des technisch-industriellen Fortschritts messbaren Belastungspotentiale lassen keinen anderen Schluss zu, als dass wir bei einem Fortschreiten auf dem Pfad der gigantischen Energie-, Rohstoff- und vor allem der Schadstoffströme in weniger als 80 Jahren unsere natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen zerstört haben werden. Wir haben im IZT Berlin die wichtigsten Weltentwicklungsprognosen und Simulationsmodelle der führenden Zukunftsforschungsinstitute ausgewertet und festgestellt, dass sie in einer zentralen Aussage gut übereinstimmen: Wenn es zu keiner durchgreifenden

Umsteuerung kommt, dann liegt die Selbstzerstörung der Menschheit in diesem Jahrhundert bei einer Wahrscheinlichkeit von über 90%.“¹⁰

Instinktiv spüren das die Menschen. Allen Schlagworten wie „Öko ist out“ oder der Diffamierung „Öko-Spinner“ zum Trotz halten sie in der Prioritätenliste immer wieder den Umwelt- und Naturschutz für eines der wichtigsten Ziele. Zum hundertsten Mal bei einer Umfrage im Januar 2003. Da standen auf der Wunschliste der Österreicher Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung und Stärkeres Auftreten gegen Atomenergie nach der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der sicheren Versorgung von Pensionisten und Kranken mit 75 Prozent ganz oben.

Die den Planeten beherrschende politische Klasse spürt das nicht. Nicht einmal für ihre Kinder und Kindeskiner. Gier nach Geld und Macht hat sie total verblindet. Der Irak-Krieg hat es aufs neue deutlich gezeigt.

Ist Widerstand gegen die europäische Variante der Globalsierung, die EU, überhaupt angebracht? Sie bringt doch nach Meinung ihrer Befürworter vor allem Frieden, Freiheit, Demokratie, Mitbestimmung?

Nun, wir beobachten derzeit die gegensätzliche Entwicklung: die Einschränkung der Freiheit, die Auflösung der Bürgerrechte, Bspitzelung, Zensur, Maulkörbe aller Art.

Jean Ziegler schreibt in seinem Buch „Die neuen Herrscher der Welt“, die neoliberale Ideologie der neuen Herrscher wolle uns glauben machen, dass ausgerechnet *sie* die Ära der Individualität und Freiheit einläutet Und dann wörtlich:

„In Wirklichkeit wird das vom globalisierten Kapital zugerichtete Individuum auf seine reine Funktionalität reduziert. Es hat nur den Eindruck, frei zu sein. Weil es im Labyrinth der auf es einwirkenden Warenverhältnisse die Entfremdung nicht zu durchschauen vermag, die es beherrscht und seiner Individualität beraubt... Das vom globalisierten Kapital zugerichtete Individuum besitzt keinerlei Identität, keinerlei Freiheit mehr. Das globalisierte Kapital erzeugt atomisierte Individuen, armselige, voneinander isolierte Dinge...“¹¹

Ich habe schon ausgeführt, dass Demokratie und Mitbestimmung in Brüssel keine Basis haben. Und wie steht es mit der EU als Friedensstifterin? Meist wird das Beispiel Frankreich – Deutschland genannt. Da könne es keinen Krieg mehr geben. Ich sage: Das wäre auch ohne EU so. Sehr wohl aber droht durch eigene Aufrüstung und Nato-Verbindung der EU – und die Nato wurde seit dem Serbienkrieg von einer Verteidigungs- zu einer Angriffsorganisation – eine

¹⁰ Wolfgang Hingst: Paradies oder Weltuntergang, Seite 5f.

¹¹ Jean Ziegler: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher. München, 2003, Seite 234

Konfrontation mit Russland, Ländern des Mittleren Ostens, Afrikas und sogar Asiens. Polnische und britische Soldaten stehen bereits im Irak, deutsche am Balkan, in Afghanistan. Vor diesem Szenario von Friedenspolitik der EU zu faseln, ist ein schändlicher Versuch, die Bürger für dumm zu verkaufen.

Die Farce um die angeblichen Massenvernichtungswaffen im Irak **Saddam Husseins** hat in den Medien völlig verdeckt, dass die wahre Gefahr von ganz anderen Mächten ausgeht. Die USA besitzen z. B. 10.600 Atom-Sprengköpfe, Russland 8.400, China über 400, Frankreich 288, England und Israel 200, Indien 48 und Pakistan über 30. Wir können annehmen, dass auch das Arsenal der biologischen und chemischen Waffen ähnlich erschreckend ist. Darauf stützt sich heute „Souveränität“. Und das macht weltweit Schule.

Wir haben keinen Grund zu der Annahme, dass diese Waffen nie eingesetzt werden und nur zur Erhaltung des sogenannten „Gleichgewichts des Schreckens“ dienen. Auf Hiroshima und Nagasaki wurden Atombomben abgeworfen, als der Krieg für Japan längst verloren war. Vor ein paar Tagen beschloss die US-Regierung die forcierte Entwicklung von sogenannten Mini-Nukes, strategischen Atomwaffen für den Einsatz in Kriegen, mit denen sie den ganzen Planeten überziehen wollen – angeblich um den Terror, den sie ja selbst verschuldet haben, zu bekämpfen.

Der Ausdruck „Mini-Nukes“ stammt aus der Orwellschen Neusprache. Es sind Atomwaffen mit einer Sprengkraft von fünf Kilotonnen. Das entspricht einem Drittel der Hiroshima-Bombe, die weit über Hunderttausend Menschen das Leben kostete. Schon bisher haben die USA mit Uran-Geschossen weite Gebiete im Irak und am Balkan radioaktiv verseucht. Ein eindeutiges Kriegsverbrechen.

Verräterisch sind ja die großwahnwitzigen Großmachtspläne von diversen EU-Politikern schon immer. Nur ein Beispiel: **Otto Habsburg-Lothringen**, Sohn des letzten österreichischen Kaisers, ist seit 1979 für die bayerische CSU Mitglied des Europaparlaments. Aus dem Klappentext seines Buches "Macht jenseits des Marktes. Europa 1992" geht auch die Absicht seiner Gesinnungsfreunde hervor. Zitat:

"Warum ist dieses Europa keine Großmacht? Wie kommt es, dass mit dieser gigantischen Wirtschaftskraft kein adäquater politischer Einfluss einhergeht? Die Antwort ist einfach: Wir sind noch nicht so weit. Das politische Bewusstsein der Europäer hat mit dem Tempo des wirtschaftlichen Zusammenschlusses nicht Schritt gehalten. Die Weltmacht Europa ist zwar im Werden, aber sie ist noch nicht geboren."¹²

Ein verräterischer Text.

¹² Wolfgang Hingst: 10 Thesen gegen Groß-Europa, Seite 25

Den Wirtschaftskapitänen und – in ihrem Schlepptau – den Politikern in der Triade ist bisher auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, in dem es um Sein oder Nichtsein geht, nichts anderes eingefallen, als die Ideologie des unbegrenzten Wirtschaftswachstums noch weiter zu zementieren. Diese Ideologie ist die Grundlage der Globalisierung. Wohin sie führt, hat **Ernst Ulrich von Weizsäcker** vom deutschen Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie so beschrieben:

„Wenn nun aber die Steigerung des Wirtschaftswachstums als das erklärte Ziel der Handelsliberalisierung angesehen wird und wenn gleichzeitig der Standortwettbewerb die Staaten daran hindert, einschneidende Maßnahmen zur Eindämmung des Ressourcenverbrauchs zu ergreifen, dann ist der Schluss naheliegend, dass die Globalisierung ursächlich mit der Zuspitzung der ökologischen Krise zusammenhängt.“

Der Beitritt Österreichs zur EU 1994 „ohne Wenn und Aber“, wie der damalige sozialistische Bundeskanzler **Franz Vranitzky** dröhnte, erfolgte nach massiver Gehirnwäsche des Wahlvolkes durch Regierung, alle Parteien und Interessenverbände, Kammern, Industrie und Gewerkschaften. Medien sowieso. Oder kann man es anders nennen als Gehirnwäsche, wenn dem Stimmbürger entgegen aller Wahrheit eingehämmert wird, wenn er draußen bleibe, verliere er alles, drinnen hingegen, in der Brüsseler Festung, bekomme er viel Geld, Einfluss und Macht. Dass die Hauptinteressen des Landes, vor allem auch die ökologischen, mit dem EU-Grundsatz des Vorranges der Freiheit des Verkehrs von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital – nicht vereinbar ist, wurde natürlich verschwiegen.

Der EU-Betritt Österreichs brachte und bringt einen beispiellosen Bankrott der vorher ökologisch beispielhaften Entwicklung des Landes. Einige Beispiele aus dem Spannungsfeld Brüssel – Wien sollen das erläutern. Sie können auch für die Schweiz durchaus lehrreich sein.

Beispiel 1: Atomenergie

Am 18. Mai hat es deutlich gezeigt: Wir dürfen keinen Augenblick annehmen, dass die Atomlobby schläft. Die Schweizer Stimmbürger hatten immerhin die Wahl. Die EU-Bürger haben keine Wahl. Atomenergie wird in der EU noch immer nach Kräften aus Steuergeldern gefördert.

Radioaktivität ist grenzüberschreitend. Im ungarischen Paks wurde kürzlich der schwerste Reaktorunfall seit Tschernobyl registriert. Die Grenzwerte freigesetzter radioaktiver Zerfallsprodukte wurden um das 140fache überschritten. Aber auch andere Atomkraftwerke an unseren Grenzen sind nicht sicher, etwa die in Bayern. Der deutsche Atomphysiker Klaus Bucher, warnte erst kürzlich vor einem atomaren Supergau und vor CDU-Plänen, weiterhin auf Atomkraft zu setzen.

Österreich kann als EU-Mitglied gar nichts unternehmen, weil durch den Euratom-Vertrag die Weichen in Brüssel immer noch in Richtung Förderung der Atomenergie gestellt sind.

Österreich wird z. B. durch das AKW Temelín in der Nähe von Budweis direkt bedroht. Ein Super-GAU würde ganz Mitteleuropa in eine Atomwüste verwandeln. Ein Volksbegehren gegen Temelín Anfang 2002 wurde mit über 900.000 Unterschriften eines der erfolgreichsten - obwohl die Regierungspartei ÖVP zum Boykott des Volksbegehren aufgerufen hatte. Endlose Verhandlungen, Grenzblockaden – alles vergeblich.¹³

Als einzige und legitime Druckmöglichkeit bliebe die Verhinderung des Beitritts Tschechiens zur EU, wenn Prag an Temelín festhält. Doch davon wollen die amtierenden Politiker in Brüssel wegen der EU-Osterweiterung, die mit der Nato-Osterweiterung eng verflochten ist, nichts wissen. Und auch die EU-hörige österreichischen Bundesregierung drückt sich.

Ihre Eigeninteressen sind den Atommächten wichtiger als Sicherheit und Schutz für die Bevölkerung in der gesamten EU. Die Verantwortlichen können sich mit ihren fetten Einkommen im Ernstfall leicht in weit von Mitteleuropa entfernte Refugien zurückziehen. Die Bevölkerung bekommt kaum Hilfe, weil Atom-Katastrophen nicht einmal entsprechend versicherbar sind.

Auch der Atomausstieg Deutschland hängt ja am seidenen Faden. Der Kanzler-Kandidat der CSU-CDU, **Edmund Stoiber**, erklärte lauthals, er werde den von der rot-grünen Regierungskoalition beschlossenen - ohnehin auf 32 Jahre prolongierten - Atomausstieg sofort rückgängig machen, sollte er Regierungschef werden. Gottlob wurde der bayerischen „Atomsturmabführer und Supergau-Leiter“ - so der deutsche Kabarettist **Matthias Richling** - wenigstens diesmal nicht gewählt.

Beispiel 2: Transitverkehr

Auch beim Transitverkehr sind die Schweiz und Österreich in einer ganz ähnlichen Situation. Diverse Tunnelbauten können vom Grundproblem nicht ablenken. Wir werden von einem Warentransit überrollt, dessen absolute Freiheit zu den Grundmaximen der EU gehört.

Täglich führt uns Brüssel seine umweltfeindliche Verkehrspolitik vor Augen. Der antiökologische Kurs der EU zeigt sich unter anderem in einer geradezu religiösen Verehrung des Verkehrs. Solchen Leuten sind die verheerenden gesundheitlichen Auswirkungen auf die Bevölkerung egal. Das Immunsystem der Bevölkerung ist

¹³ Wolfgang Hingst: Paradies oder Weltuntergang, Seite 201 ff.

schwer angeschlagen. Die Folge: vermehrte Atemwegserkrankungen und Allergien. Eine angeknackste Abwehr des Organismus ist die Voraussetzung für die Entstehung von Krebs.

Jährlich sterben nach einer 2001 vorgelegten Studie der WHO in der Schweiz, Österreich und Frankreich 40.000 Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung. Ein Großteil wird durch die Verkehrshölle verursacht. Gefährlich sind vor allem die lungengängigen Feinstäube. Sie stammen zu einem hohen Anteil von Dieselfahrzeugen. Erst jetzt wird an Filtern gearbeitet.

Solchen Leuten ist es egal, wenn die Abgase den Schutzwald in den engen und oft luftaustauscharmen Gebirgstälern ruiniert, so dass viele von ihnen von Absiedlung bedroht sind, weil Lawinen und Muren alles niederwalzen.

Das Transitabkommen zwischen der EU und Österreich, das unter der Lärm und Abgasbelastung besonders zu leiden hat, gilt nur bis Ende 2003. Es wird von Brüssel nicht erneuert. Dann ist auch das Ökopunkte-System dahin, das ohnehin wirkungslos blieb: Die LKW-Transite zwischen 1991 und 2001 legten um 60% zu, der Stickoxid-Ausstoß um 18%!¹⁴

Die Daten der Österreicher werden einfach nicht akzeptiert, die Klagen des Landes beim Europäischen Gerichtshof nicht entschieden. Es erfüllen sich die Vorhersagen der EU-Kritiker: Das Land wird einfach überfahren. Das ist der Knackpunkt: Wenn man die Gesamtmenge des Transits nicht einschränkt und begrenzt, dann nehmen selbstverständlich die Schadstoffbelastungen auch dann zu, wenn man den einzelnen LKW „umweltfreundlicher“ macht, d.h. für geringeren Giftoutput sorgt. Und genau da will Brüssel keine Zugeständnisse machen. Eine Begrenzung kommt nicht in Frage. Das würde der absoluten Freiheit des Warenverkehrs widersprechen – dem obersten Dogma der EU. Um es zu halten, nehmen einige Profiteure in Kauf, dass Mensch und Umwelt allein durch den grenzüberschreitenden Transitverkehr auf der Strecke Kufstein-Brenner täglich 50.000 Kilo schädliche Abgase freigesetzt werden, pro Jahr die unglaubliche Menge von 18 Millionen Kilo.

Kein Wunder, dass **Fritz Gurgiser**, Sprecher der Bürgerinitiative „Transitforum Austria-Tirol“ von „Verrat am Brenner“ und „Staatsversagen“ spricht. Kostenwahrheit, Verlagerung auf die Schiene, Alpenschutz, Schadstoffreduktion: Das sind für den streitbaren Tiroler alles „inhaltsleere und verlogene Schlagworte der Politik“. Wenn die Bürger nicht ihren Mund aufmachen, sagt **Gurgiser**, brauchen sie von der Politik nichts zu erwarten: „Schweigen bedeutet Zustimmung.“ Mehr denn je seien alle aufgerufen, „selbst aktiv Verantwortung zu übernehmen“.

¹⁴ Wolfgang Hingst: Paradies oder Weltuntergang, Seite 334 ff.

In den neuen deutschen Bundesländern rechnen die Verkehrsexperten mit Transit-Wachstumsraten von 400 Prozent bis zum Jahr 2010. Diese Transitlawine kommt auch auf den Osten Österreichs zu – und in der Folge auf alle anderen Transitländer, natürlich auch auf die Schweiz. Prognose-Institute haben errechnet, dass im Osten Österreichs eine Verzehnfachung der Güterverkehrsströme zu erwarten ist, sobald die sogenannten Reformstaaten sich wirtschaftlich erholt haben.

Von Kostenwahrheit ist nach wie vor keine Rede. Das ist auch der Grund, warum die Bahn auch in Zukunft keine Chance hat, gegen die Straße aufzuholen, warum eine ausreichende Verlagerung des Transits auf die Bahn reine Illusion bleibt. Der Transit eines 38-Tonnen-LkW auf der Brennerautobahn müsste im Sinne der Kostenwahrheit rund das Zehnfache kosten. Ist es denn so schwer zu verstehen, dass ohne massive ökonomische Steuerung – sprich Realisierung der Kostenwahrheit - niemand auf die Bahn umsteigen wird?

Drittes Beispiel: Agrarpolitik

Alle den österreichischen Bauern vor dem EU-Beitritt Österreichs gemachten Versprechungen haben sich als haltlos erwiesen. Schon im ersten Jahr der EU-Mitgliedschaft Österreichs haben fünf Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebsführer das Handtuch geworfen, bei den Hofübernehmern und Jungbauern war es sogar zehn Prozent, die in der Landwirtschaft keine Zukunft mehr sahen und - trotz trister Konjunkturlage und hoher Verschuldung - einen beruflichen Neubeginn wagen mussten.

Seither hat sich die Lage noch verschlechtert. Das Bauernsterben hat sich weiter beschleunigt¹⁵, die Einkommen der Bauern sind stark gesunken und die Osterweiterung wird für die heimischen Bauern eine einzige Katastrophe.

Die europäischen Bauern wurden und werden damit für geopolitische Interessen der USA geopfert. Schon bei der Gründung von GATT¹⁶ und EWG¹⁷ war klar, dass die stark sinkenden Preise Millionen Bauern von ihren Höfen vertreiben und dass die USA die Ausgleichszahlungen und die Qualität europäischer Produkte mit Hilfe des GATT torpedieren würden. Heute läuft das über die Nachfolgeorganisation WTO.

Schon damals war klar: Nur die Großen sollen überleben, die Kleinen verschwinden. Wohin? In den riesigen Markt der Arbeitslosigkeit. Und heute? Der

¹⁵ oe-journal.at, Juni 2002: Querdenker Alfred Haiger warnt vor Größenwahn.

¹⁶ GATT = General Agreement on Tariffs and Trade = Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, 1947 in Genf beschlossen

¹⁷ Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG, der Gemeinsame Markt, trat zusammen mit dem Euratomvertrag am 1. Januar 1958 in Kraft.

spanische Ministerpräsident **José María Aznar** begnügt sich nicht mit der Rolle als Kriegstreiber im Irak, er ist auch noch stolz auf seine Rolle als Arbeitsplatzvernichter. In einem Interview mit der „Zeit“¹⁸ antwortete er auf die Frage „Spanien profitiert auch von den Agrarsubventionen. Die müssen doch abgeschafft werden, oder?“:

„In Spanien haben wir auf diesem Sektor schon viel getan. Seit dem Eintritt in die EU 1986 hat eine Million Menschen ihren Job in der Landwirtschaft verloren.“

Unfassbar! Da ist ein EU-Spitzenpolitiker auch noch stolz auf die Vernichtung so vieler Arbeitsplätze und Existenzen.

Wie reimt sich das? Die Spanische Regierung unterstützt die USA beim Irak-Krieg, kritisiert das friedfertige Deutschland und ist mit fast 7 Milliarden Euro der größte Netto-Empfänger in der EU. Diese Ungereimtheit ist nur verstehbar, wenn man weiß, dass die EU eine Kreation im Interesse der USA ist.

Stichwort Osterweiterung. Sie wird ohne die notwendigen Volksabstimmungen einfach durchgezogen, obwohl die Zustimmung in der EU von Jahr zu Jahr sinkt und eine Mehrheit von bis zu zwei Drittel – etwa in Frankreich und Österreich – gegen die Osterweiterung ist.

Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung werden der Globalisierung im Interesse der USA geopfert – auch die in den Ostgebieten selbst. Denn die Ostbauern erhalten nur ein Viertel jener Zuschüsse, den ihre westeuropäischen Kollegen erhalten. Und die nationalen Förderungen dürfen nur 25 bis 30% der EU-Subventionen ausmachen.¹⁹

Wieder werden Millionen Kleinbauern unter die Räder kommen. Wieder schließt sich der Kreis zu den Vereinigten Staaten: Die Basis der EU-Politik sind industrialisierte Landwirtschaft und offene Märkte mit ihrem wahnsinnigen Konkurrenzdruck. Auf diesem Sektor sind die USA mit ihren riesigen Einheiten und ihrer fastfood-Philosophie ohne Rücksicht auf Ökologie und Qualität unschlagbar.

Vierter Punkt: Wasser

Die Schweiz ist ebenso reich an Wasser wie Österreich, das nach Berechnungen des Geographen **Hubert Nagl** über 400 Millionen Menschen mit sauberem Trinkwasser versorgen könnte, ohne den heimischen Verbrauch zu gefährden. Das weckt Begehrlichkeiten. Durch die Medien geistern seit Jahren Berichte über den

¹⁸ Stefanie Müller, Petra Pinzler: „Nicht an Masstricht rütteln“, in: Die Zeit, 20.3.2003, Seite 27

¹⁹ Hannes Hofbauer: Osterweiterung. Wien, 2003, Seite 202 f.

Bau von Wasserpipelines bis zu den Ölscheichs im Vorderen Orient. Das ist weniger absurd als man denkt.

Ich hätte nichts dagegen, wenn wasserreiche Länder mit wasserarmen in Kontakt treten und etwa Energie gegen Wasser tauschen. Aber ich habe alles dagegen, dass die Länder von multinationalen Konzernen enteignet werden, dass die Lebensgrundlage Wasser zum Spielball von Raffgier und Kapitalakkumulation wird. Schon hält man gar Kriege ums Wasser für denkbar – ähnlich wie die Kriege ums Öl. Dahinter stecken nie die Interessen der Bürger, immer nur die von gewissenlosen Plutokraten.

Ich wurde zum ersten Mal durch eine von **Juan de Dios Izquierdo-Collado** Anfang 1998 gestartete Initiative im Europäischen Parlament auf das Problem aufmerksam. Der Abgeordnete schlug vor, natürliche Wasser-Ressourcen in der Europäischen Gemeinschaft von wasserreichen in wasserarme Gebiete umzuverteilen. Seinem Entschließungsantrag über die „technische Realisierbarkeit transeuropäischer Wassernetze“ wurde im EU-Parlament zugestimmt.

Solang in der Kommission in dieser Frage das Prinzip der Einstimmigkeit herrscht, kann Österreich nicht überstimmt werden. Aber bekanntlich wird heftig daran gearbeitet, das Einstimmigkeitsprinzip zu Fall zu bringen. Und dann sieht die Sache ganz anders aus. Der Transitverkehr hat uns vor Augen geführt, was dann passiert. Kleine Länder werden einfach überfahren.

Außerdem haben österreichische Regierungen – egal ob rot oder oder blau-schwarz - gegenüber der EU immer devotest agiert. Da ist die Sorge mehr als berechtigt, dass sie sich auch in der Wasser-Frage als Umfaller erweisen. Österreichische EU-Kritiker haben schon vor der Abstimmung 1994 auf die Wasser-Begierden Brüssels hingewiesen. Es wurde ihnen wie immer Panikmache vorgeworfen.

In Brüssel denkt man zweifellos an einen gigantischen – natürlich privatisierten - „Wassermarkt“, an „freien Verkehr“ des „blauen Goldes“, ans Abzapfen. Wer das nicht zugibt, versucht die Bürger zu täuschen.

Die Großkonzerne winken mit gewaltigen finanziellen Mitteln - ein verlockendes Angebot für viele Gemeinden, deren budgetäre Situation in der Regel mehr als angespannt ist und die eine arbeitsintensive, kostspielige Sparte loswerden wollen.

Risiken und Nachteile der Privatisierung von Wasser liegen auf der Hand. Wasserver- und Abwasserentsorgung gehören zur Daseinsvorsorge. Wasser ist ein Grundlebensmittel. Das kann man nicht Leuten überlassen, denen der Sinn nur nach Profit steht. Außerdem würde die Kontrolle über diese wichtigste aller Ressourcen Privaten viel zu viel Macht über die Gesellschaft einräumen – abgesehen vom Sicherheitsrisiko.

Dort, wo die Wasserversorgung bereits privatisiert ist, können wir weltweit gravierende Preissteigerungen und eine gravierende Verschlechterung der Wasserqualität beobachten. In Argentinien, Südafrika und Großbritannien etwa stiegen die Wasserpreise nach der Privatisierung um bis zu 140%. Die Wasserqualität hat sich so verschlechtert, dass Fälle von Cholera, Dysenterie und Hepatitis A sprunghaft angestiegen sind.²⁰

Trotz dieser Erfahrungen hat die EU-Kommission im Juli 2002 unter dem Titel GATS²¹, dem Dienstleistungsabkommen der WTO, über 70 Länder aufgefordert, ihre Wasserversorgung für ausländische Konzerne zu öffnen. GATS bedeutet nichts anderes als die Privatisierung des gesamten Dienstleistungssektors einschließlich Bildung, Gesundheit, Kranken- und Pensionsversicherung, Energieversorgung, Tourismus, Transport, Umweltschutzeinrichtungen, Abwasserentsorgung und eben auch der Trinkwasserversorgung. Und WTO-Recht steht über EU-Recht – und beide über nationalem Recht.

Dieser Verlust an demokratischer und öffentlicher Kontrolle ist nicht akzeptabel. Die Bürger haben die Wasserver- und Entsorgung durch Gebühren und Beiträge selbst finanziert. Die Umwandlung eines öffentlichen Monopols in ein privates Monopol hat schwer wiegende Nachteile für die Allgemeinheit. Die Kommune ist dem Allgemeinwohl verpflichtet - der private Träger seinen Aktionären. Gemeinde-Betriebe müssen nach dem Prinzip der Kostendeckung arbeiten, private Betriebe nach dem der Gewinnmaximierung. Der öffentliche Träger unterliegt der demokratischen Kontrolle, der private nicht. Nicht nur die sogenannte „Liberalisierung des Wassermarktes“, das ganze GATS-Projekt muss daher entschieden verhindert werden.

Zusammengefasst: Die Folgen der Triadisierung sind vor allem Entökologisierung, Faustrecht, Souveränitätsverlust, zunehmende Verarmung ganzer Kontinente, Arbeitslosigkeit und Entdemokratisierung der Politik. Die EU ist ein Teil dieser Triadisierung und kann daher die Probleme nicht lösen, sondern nur verschärfen. Sie ist als Teil des Systems nicht reformierbar. Die Globalisierung ist eine Katastrophe für Mensch und Umwelt. Mit Recht fragen wir uns daher nach Alternativen und Auswegen.

²⁰ Christian Felber: GATS. Wenn alles zur Ware wird. In: ACT, Mai-Juli 2003, Seite 14 f.

²¹ GATS = General Agreement on Trade in Services

2. Small is beautiful – Klein ist fein

Small is beautiful: Das eröffnet den Globalisierungs-Kritikern eine Chance. Motto: Der Einfalt die Vielfalt, der Erstarrung Beweglichkeit entgegensetzen. Was die Welt heute braucht, ist genau das Gegenteil von Eurokratie: Kreativität, Phantasie, Farbigkeit, Vielfalt, Individualismus, Vielseitigkeit, Toleranz, direkte Demokratie, Lebendigkeit, Polyphonie.

Das Problem der "kritischen Größe", der Überdimensioniertheit, beschäftigt kritische Geister wahrscheinlich seit dem Anfang der Zivilisation. Der berühmteste Satz des 20. Jahrhunderts zu diesem Problem stammt von dem deutsch-englischen Nationalökonom **Ernst Friedrich Schumacher** und ist gleichzeitig der Titel seines 1973 erschienen Bestsellers: "Small is beautiful". Gemeinsam mit Schumacher und dem Medizinkritiker **Ivan Illich** trat der aus Österreich stammende, 1938 in die USA emigrierte Nationalökonom und Politikwissenschaftler **Leopold Kohr**, ein Freund Schumachers, für eine radikale Umkehr zu den kleinen Dimensionen ein.

Leopold Kohr, der "Prophet des menschlichen Maßes", hat schon 1957 in seinem Buch "Das Ende der Großen" eine "Theorie der Kleinheit" entwickelt, die er den "sinkenden Titanics der Großmächte" scharf entgegensetzt. Er schrieb:

"Das Maß aller Dinge ist der Mensch, nicht die Menschheit, die Gesellschaft, die Nation oder der Staat... Die beste Regierung ist nicht die stärkste, sondern die schwächste, die gerade ausreicht, dem Bürger ein aristotelisch gutes Leben zu sichern; eine Regierung, die nicht am meisten für ihn tut, sondern sich am wenigsten in seine Privatsphäre einmischt und ihn in Ruhe lässt."

Eine deutliche Parallele zur Weisheit der alten Chinesen. **Laotse** sagt: "Wessen Regierung still und unaufdringlich ist, dessen Volk ist aufrichtig und ehrlich. Wessen Regierung scharfsinnig und stramm ist, dessen Volk ist hinterlistig und unzuverlässig." Und: "Dass das Volk schwer zu leiten ist, kommt davon her, dass seine Oberen zu viel machen, darum ist es schwer zu leiten."

Überall auf der Welt haben sich in den letzten Jahren Fronten des Widerstands etabliert, die sich weltweit aus Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften, Bauernbewegungen, Frauengruppen, Umweltbewegungen, -verbänden und –parteien, aus nichtstaatlichen Organisationen aller Art zusammensetzen zu einem, wie es die Globalisierungsgegnerin **Naomi Klein** nennt, „lebenden Internet“.

Da gibt es allerdings Probleme, deren Dynamik mir erste seit kurzer Zeit bewusst ist: Attac – ich bin auf diese und andere Gruppen in meinem Buch „Paradies oder Weltuntergang – wir haben die Wahl“ genauer eingegangen – Attac Österreich hat auf seine Internetfahne das Motto „Globalisierung braucht Gestaltung“ geschrieben. Ein problematischer Ansatz, weil er die Globalisierung akzeptiert, nur mit der Auflage, sie zu gestalten. **Jean Ziegler** schreibt in seinem neuen Buch „Die neuen Herrscher der Welt“, es komme auf die „Härte des ursprünglichen Kerns“ einer Anti-Globalisierungsgruppe an, auf ihre Resistenzkraft, ihre feste Identität, ihr Kollektivgedächtnis. Und dann wörtlich:

„Und diese Erinnerung, dieses Imaginäre, dieses Ichbewusstsein, diese Autonomie können nur lokal sein.“²²

Lokal. Das ist doppelt zu unterstreichen. Wer glaubt, der Globalisierung nur Gestaltung entgegensetzen zu müssen und dann sei schon alles gelöst, verstößt gegen diesen Kernsatz.

Leopold Kohr hat an der Verfassung von Wales mitgearbeitet hat und war 1967 maßgeblich an der Gründung des kleinen Inselstaates Anguilla in der Karibik, auf den Kleinen Antillen, beteiligt. Für sein Lebenswerk, das der "Theorie der Kleinheit" - alles Überdimensionierte, Gigantische, Saurierhafte ist nicht menschenadäquat und muss zugrunde gehen - gewidmet war, erhielt er 1983 den Alternativen Nobelpreis. Für die Gegenwart schlägt **Leopold Kohr** ein "Europa der Kantone" vor. Alle Staaten sollten in ihre ursprünglichen historischen Landschaften aufgeteilt und so etwa gleich groß und friedfertig gemacht werden...

Leopold Kohrs zentraler Satz ist:

"Die Größe - und nur die Größe! - ist das zentrale Problem der menschlichen Existenz, im sozialen und im physischen Sinn."

Ähnlich wie es beim Atombomben-Uran eine "kritische Masse" gebe, so besitze alles einen Kipp- oder Siedepunkt, ab dem es zur Katastrophe komme.

Die Theorie **Leopold Kohrs** ist bestechend, aber eindimensional, ein wenig zu "physikalisch". Sie erklärt nicht, wo die Wurzeln des Größenwahns in der menschlichen Seele und in der Gesellschaft liegen. Und sie kann daher auch nicht erklären, warum es immer wieder zur Gigantomanie kommt.

Ich habe dieses Thema ausführlich in meinem Buch „10 Thesen gegen Großeuropa. Ein Essay wider den Größenwahn“, publiziert 1992, behandelt und will es hier nur bei folgender Andeutung lassen: Offenbar werden Macht, Reichtum und Fülle nur in Mengen von Materiellem gemessen. Wer hat mehr Pferde, Rinder,

²² Jean Ziegler: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, Seite 250

Schweine, mehr Geld, mehr Besitz? Wer baut das höchste Haus? Wer steht im Guinness-Buch der Rekorde? Wer hat die meisten Atombomben? Nicht Geistesgaben zählen, die sich in Mengeneinheiten nicht messen lassen - außer man verwechselt sie mit dem Intelligenzquotienten -, sondern die Menge des Großen.

Die EU ist schon eine Weltmacht - wirtschaftlich. Sie wird nach dem Gesetz der vorherrschenden politischen "Philosophie der Größe", wie **Leopold Kohr** formuliert hat, auch militärisch die Nummer 1 werden wollen. Daher hat er das neutrale Österreich eindringlich vor einem EU-Beitritt gewarnt. In einem Interview sagte er prophetisch:

"Ich glaube, dass hier ein großer Irrtum begangen wird. Alle Probleme unserer Zeit sind Probleme der überwuchernden, unnötigen Größe menschlicher oder wirtschaftlicher Gemeinschaften. Wir sollten vielmehr in Richtung kleiner, unabhängiger Einheiten gehen. Aufteilung braucht Arbeitsplätze und produziert viel mehr Arbeitsmöglichkeiten, als es Zusammenschlüsse tun, deren Sinn es ist, Arbeitskräfte zu sparen."

Aufgeblasene Gebilde neigen zur Implosion, Großreiche zum Untergang. Dazu hat der französische Historiker und Demograf **Emmanuel Todd** – sein Großvater war übrigens österreichischer Jude und amerikanische Staatsbürger – eine provokante, aber wie ich meine richtige These entwickelt. Er prophezeit den Niedergang der USA und hat soeben einen Nachruf auf die Supermacht veröffentlicht.²³ Die „Gewalttätigkeit, Instabilität und Arroganz der Amerikaner“, so Todd, die „eine gefährliche und illegitime Politik betreiben“, führe zur Degeneration Amerikas. Die Vereinigten Staaten, seien nur noch militärisch eine Weltmacht, längst nicht mehr wirtschaftlich. Ich bin in meinem Buch zu ganz ähnlichen Schlüssen gekommen. Die USA sind mit 500 Milliarden Dollar Handelsbilanzdefizit von ausländischen Kapitalzuflüssen abhängig. Dagegen müssen, so Todd, Europa und Russland eine stabile strategische Struktur aufbauen. Heute könnte Europa, nach dem Scheitern der "Vielvölkerstaaten" und Zentralreiche, wieder ein Spielfeld partikulärer, buntscheckiger Kräfte werden. Die EU ist allerdings der zentralistische Gegenentwurf zu dieser Entwicklung. Die Großeuropäer wollen die zentrifugalen Potentiale bändigen und rufen sie dadurch erst so richtig auf den Plan.

Lassen Sie mich einige weitere Beispiele für Lösungsmodelle gegen den drohenden Untergang bringen, die ich im Buch ausführlich erläutert habe:

Verantwortungsloser Parteienoligarchie, autoritärer Parteienherrschaft, und Scheindemokratie, welche **Karl Albrecht Schachtschneider**, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Erlangen-Nürnberg, als „Verfallserscheinung der Republik“ mit „zunehmend diktatorischem Charakter“ bezeichnet, muss der

²³ Siehe: Michael Mönninger: Die Schwäche der Sieger. Interview mit Emmanuel Todd. In: Die Zeit, 24.4.2003, Seite 11

Ausbau der Instrumente der direkten Demokratie entgegengesetzt werden. Sonst droht die schleichende Umwandlung der Demokratie zur Diktatur. Welchen Niedergang das mit sich bringt, sehen wir an der Geschichte des vorigen Jahrhunderts und an der heute drohenden Weltdiktatur der USA. Leider werden die Bemühungen um einen Ausbau der Rechte des wahren Souveräns in der Demokratie, des Volkes, auch in Europa systematisch bekämpft und niedergewalzt.

Das alles funktioniert nur mit Gehirnwäsche in den Massenmedien und durch speziell programmierte Institute, deren Aufgabe es ist, Lügen so lange zu bearbeiten, bis sie plausibel klingen. Dieser Entwicklung zur Diktatur und dem Abbau des Rechts auf internationaler wie nationaler Ebene muss energisch Einhalt geboten werden. Auch durch die Entwicklung eigener Kommunikations-Möglichkeiten, vor allem im Internet.

Die Sehnsucht des Menschen in all der Künstlichkeit, Gleichschaltung und Monotonie gilt dem Natürlich-Organischen, Vielfältigen, Farbigen. Davon bin ich überzeugt. Das Überdimensionale aus dem Buch der Rekorde dient bloß dem kurzlebigen Nervenkitzel. Nur das Maßvolle und Überschaubare bleibt.

3. Chancen des Widerstands

Welche Chance haben wir? Die Möglichkeiten liegen auf der Hand: Den Lügen und Verdrehungen müssen wir Wahrheit entgegensetzen, Sachlichkeit und ethische Geradlinigkeit: Ja: Mut zur Ethik ist angesagt. Dem Stumpfsinn der schieren Größe können wir die Kraft der Ideen, der Spiritualität, der Lebendigkeit, der Vielfalt entgegensetzen.

Die Eckpfeiler einer ökologischen Politik sind Sonnenenergie, ökologischer Landbau, globale Zivilgesellschaft, nachwachsende Rohstoffe, ethischer Umgang mit Geld, ethische Forschung, Technik und Wissenschaft, Friedenspolitik und direkte Demokratie – allerdings was Organisation, Finanzen und Medienzugang betrifft, unter ganz anderen Voraussetzungen als heute. Es muss unter allen wahlwerbenden Gruppen Fairness und Ausgewogenheit herrschen.

Von ganz zentraler, alles entscheidender Bedeutung ist die Energiepolitik. Erdöl- und Atomlobby sowie Besserwisser aller Schattierungen behaupten ständig, dass nur ein kleiner Anteil der benötigten Gesamtenergiemenge mit erneuerbaren Energien hergestellt werden kann. Das ist schlicht falsch. Wahr ist vielmehr, dass eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien in ganz Europa bei realistischen

Annahmen bis 2050 möglich ist. Das ist das Ergebnis des 2002 vorgelegten Endberichts der Enquete-Kommission des deutschen Bundestages „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“. Wir werden das auch bitter nötig haben, denn die Weltölförderung hat ihr Maximum erreicht und Öl wird in kürze unerschwinglich teuer werden.

Noch einige andere entscheidende Punkte dürfen wir nicht aus den Augen verlieren:

Vor allem: Der Prozess des Souveränitätsverlustes ist nicht unumkehrbar. Auch wenn es lange dauert. Wir sollten uns die verloren gegangene **Selbstbestimmung und Eigenverantwortung durch zähe und friedfertige Arbeit wieder zurückholen!**

Ein weiteres Fundament ökologisch-sozialer Politik ist der moralische Umgang mit Geld, Investitionen von Kapital in umwelt- und sozialverträglicher Form. Da gibt es natürlich heftigen Widerstand. Aber auch hier ermutigt die Entwicklung der letzten Jahre. 1998 waren etwa in Deutschland 600 Millionen Mark in Ethik-Fonds investiert. Anfang 2002 registrierte man schon 2,5 Milliarden Euro. Mittlerweile existieren in Deutschland über 50 Ethik-Fonds. Viele schneiden wesentlich besser ab als ihre herkömmlichen Konkurrenten Dax, Neuer Markt oder Technologie-Fonds. Interessanterweise stammt der Löwenanteil schon von institutionellen Investoren. Ihr Kalkül: Unternehmen, die mit Ressourcen und Mitarbeitern verantwortlicher umgehen, werden zunehmend bessere Chancen haben, sich zu behaupten.²⁴

In moralisch fragwürdige Unternehmen darf nicht investiert werden. Dazu zählen Betriebe der Sparten Waffenproduktion und Wehrtechnik, Atomenergie, Gentechnik, Glücksspiel, Pornographie, Euthanasie und Tabak. Das Gleiche gilt für Unternehmen der Erdölindustrie und der Hersteller von Suchtmitteln.

Ein weiteres Leitbild: **Ökologische Politik hängt eng mit Friedenspolitik zusammen.** Auf sie müssen wir bauen. Meine Vision wäre, dass alle neutral, ökologisch und sozial orientierten Länder Europas sich aus der EU verabschieden und einen eng kooperierenden Block des Friedens und der Freiheit bilden.

Ein offener Zukunftsentwurf setzt auf **Nachhaltigkeit und Erneuerbarkeit**, also gerade nicht auf Abgeschlossenes, sondern auf lebensfähige, laufend zu korrigierende, flexible Prozesse. Nur ein Entwicklungsprozess, der die Ausbeutung der Rohstoffe, die Belastungen der Umwelt, die Investitionsflüsse, die Ausrichtung der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung und die sozialen und

²⁴ Wolfgang Hingst: Paradies oder Weltuntergang, Seite 144 ff.

institutionellen Veränderungen mit den Bedürfnissen der Menschen weltweit und in Zukunft in Einklang bringt, ist langfristig zukunftsfähig.

Das **Prinzip Nachhaltigkeit** ist behutsam mit dem Einsatz neuer Technologien zu koppeln. Es macht Hoffnung, dass dafür vor allem junge Leute zu begeistern sind. Die zeigt ihre engagierte Mitarbeit in vielen Projekten etwa im Rahmen lokaler Agenda-21-Projekte der Solarenergie-Nutzung oder neuer Mobilitäts-Konzepte.

Für einen treuhänderischen Umgang mit der Welt sehen Zukunftsforscher wie **Rolf Kreibich** gute Chancen, weil zahlreiche Pionierunternehmen, Netzwerke, Gewerkschaften, Organisationen, Verbände, Bürgerinitiativen und Familien dabei sind, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als Handlungsmaxime anzunehmen und umzusetzen. Wie sieht ein treuhänderischer Umgang mit der Welt aus? Als Antwort möchte ich, wie in meinem Buch, am Schluss einen Satz des spanischen Gartenkünstlers **Fernando Caruncho** zitieren:

„Wir müssen Gärtner unserer Erde sein.“ Und das heißt auch: Wir müssen einfach menschenfreundlich sein.